

OA-Update Sanktionen - 2022/40 – Entwicklungen vom 17. Juni

(Stand: 17.06., 16:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir haben für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167-129.

Interview zur wirtschaftlichen Lage in der Ukraine

Hier finden Sie ein aktuelles rbb-Interview mit Stefan Kaegebein, Regionaldirektor für Osteuropa im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft zur wirtschaftlichen Lage in der Ukraine:

[Wirtschaftsexperte: Geschlossene Häfen sind kritischer Faktor für Ukraine | rbb24 Inforadio](#)

Osthandel – aktuelle Zahlen

Zur Entwicklung des deutschen Osthandels im April 2022 sagte Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms:

„Die wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben im April 2022 deutliche Spuren im deutschen Handel mit Osteuropa hinterlassen. Tiefe Einbrüche um über 60 Prozent gab es beim deutschen Export nach Russland und Belarus. Die deutschen Lieferungen nach Russland gingen um fast 1,5 Milliarden auf nur noch 829 Millionen Euro zurück. Mit dem Krieg und seinen Folgen entzieht Russland den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen weiter die Basis. Sanktionen, Logistik- und Finanzierungsprobleme und der Rückzug immer mehr deutscher Unternehmen machen sich zunehmend bemerkbar.

Die deutschen Importe aus Russland legten im April gegenüber dem Vorjahr allein aufgrund der hohen Energiepreise um 42 Prozent zu. Die hohen Preise sind auch Folge der westlichen Maßnahmen gegen russische Energieträger. Gegenüber dem Vormonat sanken die Einfuhren dagegen deutlich um 16,4 Prozent. Mengenmäßig wurde im April 26 Prozent weniger aus Russland importiert als im Vorjahresmonat. Der Importüberschuss im Außenhandel mit

Russland ging dadurch auf 2,9 Milliarden Euro zurück. Bis Jahresende dürfte er weiter schrumpfen.

Die deutschen Ausfuhren in die Ukraine gingen im April gegenüber dem Vorjahresmonat um 34 Prozent zurück, die Einfuhren von dort sanken um neun Prozent. Umso wichtiger ist es, die Produktion vor Ort wo immer möglich aufrechtzuerhalten, um die Wirtschaft des Landes am Laufen zu halten und den Menschen ihren Lebensunterhalt zu sichern. Dazu tragen auch die jüngsten Zollbefreiungen für ukrainische Importe bei. Wichtig für das Land und für seine Abnehmer ist es zudem, schnell Wege zu finden, ukrainisches Getreide auf den Weltmarkt zu bringen. Die deutsche Wirtschaft unterstützt die Ukraine aktiv bei der Aufrechterhaltung der Produktion, beim Export und der Instandsetzung der zerstörten Infrastruktur.

Eine verlässliche Stütze des deutschen Außenhandels in der Region bleiben die wachstumsstarken Länder Mittelosteuropas. Die deutschen Ausfuhren in die drei wichtigsten Absatzmärkte Polen, Tschechien und Ungarn legten im April erneut um zehn bis 15 Prozent zu. 18 Jahre nach ihrem Beitritt zur EU sind diese Länder industrielle Kraftzentren Europas. Von deren Stärke profitiert auch die deutsche Wirtschaft. Die zunehmende Kooperation in Forschung und Entwicklung, Industrie 4.0 und im Energiesektor wird hier weiteren Schwung bringen.

Insgesamt belief sich der deutsche Außenhandel mit den 29 Partnerländern des Ost-Ausschusses im April 2022 auf 44,3 Milliarden Euro – ein deutliches Plus von 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das waren 18,2 Prozent des gesamten deutschen Außenhandels.“

["Deutliche Spuren im deutschen Handel" | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

dpa:

Mehrheit der deutschen Unternehmen kann Erdgas nicht kurzfristig ersetzen

Die Energiekrise hat einer Studie zufolge, die in der Zeitschrift Wirtschaftsdienst erschienen ist, einen Teil der deutschen Unternehmen auch ohne Gaslieferstopp bereits erreicht, würde er eintreten, wäre es demnach umso problematischer. Bei einer Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Mai berichteten 14 Prozent von fast 2000 Betrieben von einem Rückgang der Produktion als Folge des Ukrainekriegs. Die Risiken eines Gasembargos für die deutsche Wirtschaft wären nach Einschätzung der Autoren hoch. Die meisten Betriebe (58 Prozent) könnten das benötigte Erdgas kurzfristig nicht ersetzen.

Bei einem Stopp russischer Gaslieferungen erwarten rund zwei Drittel der auf Erdgas angewiesenen energieintensiven Betriebe deutliche Einschränkungen in ihrer Produktion bis hin zur Einstellung der Arbeit. Bei den nicht energieintensiven Unternehmen ist es mehr als jedes Fünfte. Zwar würden die meisten Betriebe auch im Falle eines Lieferstopps weiter versorgt, aber um eine Rationierung in bestimmtem Umfang käme man zunächst nicht herum, schrieben die Autoren.

Fast die Hälfte der Firmen hat bereits die Preise erhöht

Der Umfrage zufolge sind 70 Prozent der Unternehmen von den Energiepreissprüngen seit Kriegsbeginn betroffen. 25 Prozent der Betriebe, die Vorleistungen beziehen, berichteten von Lieferengpässen.

Fast jeder zweite Betrieb (45 Prozent) hat wegen der wirtschaftlichen Folgen des Krieges bereits die Preise erhöht. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil mit 77 Prozent im Bauhauptgewerbe, in den Bereichen Verkehr (75 Prozent) und Gastgewerbe (73 Prozent) sowie in der Industrie (67 Prozent). Insgesamt rechnen weitere 27 Prozent der Befragten mit Preiserhöhungen.

[Energiekrise und Lieferstopp für Gas: Auswirkungen auf die Betriebe in Deutschland - Wirtschaftsdienst](#)

Tagesschau:

Bundesnetzagentur besorgt wegen Liefersenkung

Die Bundesnetzagentur ist besorgt, weil der russische Staatskonzern Gazprom seine Erdgaslieferungen weiter senkt. Wirtschaftsminister Habeck ruft zum Energiesparen auf - sagt aber auch, die Versorgung sei weiter gesichert.

Der russische Energiekonzern Gazprom reduziert erneut die Gaslieferungsmengen durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 nach Deutschland. Von heute Morgen an sollten täglich nur noch maximal 67 Millionen Kubikmeter durch die Leitung gepumpt werden, hatte Gazprom angekündigt. Erneut begründete der Staatskonzern den Schritt mit Verzögerungen bei Reparaturarbeiten.

Die Bundesnetzagentur zeigte sich besorgt und nannte das Vorgehen Moskaus "technisch nicht zu begründen". Bereits am Dienstag hatte Gazprom die Reduktion des bisher geplanten Tagesvolumens von 167 Millionen um rund 40 Prozent auf 100 Millionen Kubikmeter Gas pro Tag verkündet und auf Verzögerungen bei der Reparatur von Gasverdichtern verwiesen.

Der Energietechnikkonzern Siemens Energy hatte daraufhin mitgeteilt, dass eine in Kanada überholte Gasturbine aufgrund der Russland-Sanktionen derzeit nicht aus Montréal zurückgeliefert werden könne. Die neuerliche Reduktion auf 67 Millionen Kubikmeter bedeutet eine Drosselung um rund 60 Prozent innerhalb von zwei Tagen.

Netzagentur spricht von „Warnsignal“

Dass Gazprom seine Lieferungen durch Nord Stream 1 nun auf etwa 40 Prozent senkt, ist aus Sicht des Präsidenten der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, ein Warnsignal. "Russland schürt damit leider Verunsicherung und treibt die Gaspreise hoch", sagte er der "Rheinischen Post".

Wenn Gazprom über Wochen nur 40 Prozent durch Nord Stream 1 liefere, bekomme Deutschland ein Problem, sagte Müller: "Das würde unsere Situation erheblich

verschlechtern. Über den Sommer könnten wir das vielleicht aushalten, denn die Heizsaison ist ja vorbei. Allerdings müssen wir jetzt zwingend die Speicher füllen, um den Winter zu überstehen - auch mit russischem Gas."

Auf die Frage, ob er fürchte, dass Russland mit einem Gas-Lieferstopp ernst mache, sagte Müller: "Es lag bislang in der russischen Logik, Deutschland weiter Gas verkaufen zu wollen. Aber wir können nichts ausschließen."

Netzagentur schlägt Absenkung der Mindesttemperatur vor

Müller sagte, es müsse nun der Druck auf private Haushalte und Firmen erhöht werden, Gas zu sparen. "Im Mietrecht gibt es Vorgaben, wonach der Vermieter die Heizungsanlage während der Heizperiode so einstellen muss, dass eine Mindesttemperatur zwischen 20 und 22 Grad Celsius erreicht wird. Der Staat könnte die Heiz-Vorgaben für Vermieter zeitweise senken. Darüber diskutieren wir mit der Politik". Es sei wichtig, so viel Gas zu sparen wie möglich, um über den nächsten Winter zu kommen.

Unternehmen sollen mit Prämien zum Gassparen animiert werden: "Wir möchten Mechanismen etablieren, um Unternehmen, die freiwillig Gaskontingente abtreten, mit einer Prämie zu belohnen. Es ist immer besser, wenn Anpassungen über Preise geschehen als über dirigistische Vorgaben", so Müller weiter.

Der Netzagentur-Chef erwartet weiter steigende Gaspreise und kräftige Nachzahlungen: "Schon jetzt haben sich die Gaspreise für private Haushalte gegenüber der Vorkriegs-Zeit vervielfacht. Für Mieter kann es eine böse Überraschung geben, wenn hohe Nachzahlungen fällig werden. Das können schnell mehr als tausend Euro sein, da werden Schockwellen durch das Land gehen. Banken werden ihre Geschäfte mit Ratenkrediten hochfahren, angeschlagenen Firmen droht die Insolvenz.

„Nach Angaben von Verbraucherschützern und Mieterbund geben Energieversorger schon jetzt die stark gestiegenen Kosten an Verbraucher weiter. "Viele Kundinnen und Kunden erleben derzeit enorme Preissteigerungen für Öl, Gas und Strom", sagte Melanie Weber-Moritz, Bundesdirektorin des Deutschen Mieterbundes, der "Neuen Osnabrücker Zeitung". Ob Abschläge oder Tarife - auf Haushalte komme gerade ein Preiserhöhungswelle zu, sagte Udo Sieverding von der Verbraucherzentrale NRW. Auch Stadtwerke hätten die Gaspreise teils um 100 Prozent und mehr erhöht. "Nach unserer Auffassung erzielen nicht wenige Anbieter Mitnahmeeffekte", sagte Sieverding. Er forderte die Kartellbehörden zu Untersuchungen bei Versorgern auf, "um Signale in die Branche zu geben, bei den Preiserhöhungen Maß zu halten".

Habeck: Russland will Unruhe stiften

Auch nach Einschätzung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck will Russland mit den Lieferkürzungen Unruhe stiften. "Die Begründung der russischen Seite ist schlicht vorgeschoben. Es ist offenkundig die Strategie, zu verunsichern und die Preise hochzutreiben", hatte der Grünen-Politiker gesagt. Aktuell könnten die Mengen am Markt

beschafft werden, wenn auch zu hohen Preisen. Es werde aktuell noch eingespeichert: "Die Versorgungssicherheit ist gewährleistet."

Habeck rief am Abend aber auch erneut zum Energiesparen auf. In einem über Twitter verbreiteten Video dankte er der Bevölkerung und den Unternehmen für ihre bisherigen Bemühungen. Habeck appellierte mit Blick auf das Energiesparen zugleich: "Es ist jetzt der Zeitpunkt, das zu tun. Jede Kilowattstunde hilft in dieser Situation." Die Situation sei ernst, sie gefährde die Versorgungssicherheit in Deutschland aber nicht. Habeck mahnte: "Wir müssen wachsam sein. Wir müssen konzentriert weiterarbeiten. Vor allem dürfen wir uns nicht spalten lassen. Denn das ist das, was Putin vorhat."

Die Gasspeicher in Deutschland waren zuletzt zu rund 56 Prozent gefüllt. Für Deutschland ist Nord Stream 1 die Hauptversorgungsleitung mit russischem Gas. Zuvor war schon die Leitung Jamal-Europa, die durch Polen führt, nicht mehr befüllt worden. Reduziert ist auch die Durchleitung von russischem Gas durch die Ukraine. Unter anderem durch die bisherigen Einschränkungen hatten sich die Energiepreise erhöht, weil insgesamt weniger Gas von Russland nach Europa fließt.

Wege durch den Sanktionsdschungel – Teil II – Amerikanische Sanktionen

Am 14. Juli veranstaltete der Ost-Ausschuss das Online-Seminar „Wege durch den Sanktionsdschungel – Teil II, amerikanische Sanktionen gegen Russland und Belarus“. Referentin war Alexandra Lopez-Casero, Partnerin Nixon Peabody LLP, eine ausgewiesene Expertin im Bereich Sanktionsrecht aus den USA. Bei Interesse finden Sie ihre Präsentationen zur Veranstaltung hier:

[PowerPoint Presentation \(ost-ausschuss.de\)](https://www.ost-ausschuss.de)

Falls Sie Fragen zur Veranstaltung, zur Anmeldung oder den Inhalten haben sollten, melden Sie sich bitte bei Ekaterina Radaikina (e.radaikina@oa-ev.de).

Zusammenfassung zum Online-Briefing: Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business, 15. Juni

Weggehen aus Russland oder bleiben, und wenn ja, wie? Viele deutsche Unternehmen im Russlandgeschäft stellen sich angesichts des Krieges in der Ukraine weiterhin diese Fragen. In der fünften Auflage der Ost-Ausschuss-Reihe zum „Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland - Business for Business“ nutzten über 70 Unternehmensvertreter unter der Moderation von Jens Böhlmann von der Ost-Ausschuss-Kontaktstelle Mittelstand die Gelegenheit, sich untereinander praxisnah über mögliche Lösungen auszutauschen. Nach drei Erfahrungsberichten von Unternehmensseite berichtete Falk Tischendorf, Rechtsanwalt bei Advant Beiten, aus seiner Beratungspraxis in Russland. Demnach ließen sich die Aktivitäten ausländischer Unternehmen auf dem russischen Markt

in vier Kategorien einteilen, angefangen mit einem völligen Rückzug, einem Rückzug mit Rückkehrproption sowie einem Teilverkauf bis hin zu einer Fortführung des Geschäfts unter Einhaltung bestehender Sanktionen. Bei der völligen Geschäftsaufgabe sei vor allem zu klären, wie mit noch bestehenden Lieferverpflichtungen, Wartungsverträgen und Garantien umzugehen sei, ohne von Kundenseite Schadensersatzklagen zu verursachen. Auch aus diesem Grund würden sich derzeit immer mehr Unternehmen mit der Möglichkeit des Management-Buy-Outs beschäftigen. Die Reihe wird fortgesetzt.

Für Fragen zur Veranstaltung und Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich im Ost-Ausschuss bitte an Jens Böhlmann (J.Boehlmann@oa-ev.de).

Beiträge zur Europäischen Souveränität – Deutschland liegt vorne

Das European Council on Foreign Relations hat einen neuen Index zur Souveränität Europas und der Beiträge einzelner Länder vorgestellt. Deutschland liegt in der Tabelle der 27 EU-Länder an erster Stelle, Bulgarien ist das Schlusslicht. In einzelnen Kategorien kann Deutschland allerdings von vielen EU-Partnern noch dazulernen. Besonders auffällig ist dies etwa in der Kategorie „Technologie“, in der Finnland führt und Deutschland einen schwachen elften Platz erreicht.

„Bei der europäischen Souveränität geht es nicht darum, Zäune zu errichten oder sich von der Weltbühne zurückzuziehen; sie sollte auch nicht im Gegensatz zur nationalen Souveränität stehen. Vielmehr geht es darum, die Fähigkeit der Europäischen Union zu stärken, die komplexen Interdependenzen zu bewältigen, die die Welt von heute kennzeichnen“, schreibt das ECFR. „In der entstehenden globalen Ordnung muss Europa nach seinen Prinzipien und Werten handeln, ohne sich von anderen einschüchtern zu lassen. Dies erfordert sowohl größere eigene Fähigkeiten als auch zuverlässige Bündnisse, Offenheit und Widerstandsfähigkeit sowie einen gewissen strategischen Schutz, ohne jedoch in Protektionismus abzugleiten. Damit die EU erfolgreich sein kann, müssen alle Mitgliedstaaten ihren fairen Beitrag leisten - und sie kann sich keine schwachen Glieder leisten, die andere Mächte nutzen könnten, um sie zu spalten.“

Der neue Index bewertet die EU-Mitgliedstaaten nach ihrem Beitrag zur europäischen Souveränität in sechs Bereichen: Klima, Verteidigung, Wirtschaft, Gesundheit, Migration und Technologie.

Hier die einzelnen Rankings:

[European Sovereignty Index – European Council on Foreign Relations \(ecfr.eu\)](https://ecfr.eu)

Make it in Germany

Informationen der Bundesregierung zur Fachkräfteanwerbung (auch aus Russland) in verschiedenen Sprachen: <https://www.make-it-in-germany.com/de/>

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
 - Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de
 - VB2 (Sanktionen), E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de
 - Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
-

Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](http://agaportal.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](http://gtai.de)

2. Terminübersicht

21. Juni: „Wie weiter im russischen Markt?“, 10.00 bis 11.30 Uhr

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft lädt Sie gemeinsam mit der Schneider Group zur Veranstaltung: „**Wie weiter im russischen Markt?**“ am **21. Juni 2022, 10.00 bis 11.30 Uhr (MESZ)** ein. Thematisch wird sich die Veranstaltung dem Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation und möglichen Lösungen im Finanzsektor, Unternehmensstrategien und eventuellen Haftungsrisiken beschäftigen. Sollten Sie konkrete Fragen haben, schicken Sie diese bitte bis zum 16. Juni an uns.

Anmeldeschluss ist der 20. Juni. Das Programm der Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Bei Interesse an einer Teilnahme oder Fragen zur Veranstaltung wenden Sie sich bitte an Ekaterina Radaikina (E.Radaikina@oa-ev.de), Dr. Christiane Schuchart (C.Schuchart@oa-ev.de) oder Jens Böhlmann (J.Boehlmann@oa-ev.de).

20. bis 24. Juni 2022: Delegationsreise „Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien in Aserbaidshon“

Die Delegationsreise wird von der AHK Aserbaidshon zusammen mit der RENAC AG im Rahmen des Projekts Exportinitiative Energie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz organisiert. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt die Reise als Kooperationspartner.

Innerhalb dieser viertägigen Geschäftsreise erhalten deutsche Firmen und aserbaidshonische Schlüsselakteure am 21. Juni 2022 die Möglichkeit, am Deutsch-Aserbaidshonischen Nachhaltigkeitsforum mit dem Schwerpunktthema „Erneuerbare Energien in Aserbaidshon“ teilzunehmen.

Die Geschäftsreise bietet Ihnen die Gelegenheit,

- die aktuelle Marktsituation vor Ort näher kennenzulernen,
- ermöglicht einen fachlichen und lösungsorientierten Austausch zwischen den relevanten Marktteilnehmern
- an B2B-Meetings teilzunehmen sowie
- mit Akteuren staatlicher Stellen in den Dialog zu treten sowie an Rundtischgesprächen und Betriebsbesichtigungen teilzunehmen.

Nutzen Sie die Gelegenheit, um neue Geschäftsmöglichkeiten zu erschließen, Projekte kennenzulernen und Ihr professionelles Geschäftsnetzwerk vor Ort zu erweitern!

Informationen zu den Teilnahmebedingungen, zur Anmeldung sowie zum Programm der Reise und des Forums am 21. Juni finden Sie auf den Seiten der AHK Aserbaidschan: [Geschäftsreise „Energieerzeugung durch erneuerbare Energien in Aserbaidschan“ \(ahk.de\)](#).

Für weitere Fragen steht Ihnen in Baku Frau Turkan Maharramova (E-Mail: turkan.maharramova@ahk-baku.de; Tel: +994 12 497 63 06) zur Verfügung.

22. Juni: Online-Update von EulerHermes zu „Deckungspraxis Russland, Belarus und Ukraine“ von 8:30 – 9:30 Uhr

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die Bundesregierung am 24.2.2022 die Übernahme von Exportkreditgarantien (Hermesdeckungen), Garantien für Ungebundene Finanzkredite und Investitionsgarantien des Bundes für Russland und Belarus bis auf Weiteres ausgesetzt. Am 26.2.2022 ist zudem ein EU-weites Verbot von Exportkredit- und Investitionsgarantien für Russland in Kraft getreten.

Es werden für Russland und Belarus keine Anträge auf Übernahme von staatlichen Garantien bearbeitet. Bereits bestehende Exportkredit- und Investitionsgarantien sichern Exporteure, finanzierende Banken und Investoren weiterhin gegen Zahlungsausfälle und politische Risiken in diese Länder ab.

Eine weitere Veranstaltung ist den 20.7. geplant.

Hier finden Sie die [Übersicht](#) der Veranstaltungen.

23. Juni: Wann können sich Firmen auf höhere Gewalt berufen?- 11:00 Uhr

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) organisiert am 23. Juni um 11:00 Uhr zusammen mit der Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft in Belarus und der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Russland das Webinar „Rechtliche Aspekte und Praktiken bei der Feststellung von Umständen höherer Gewalt (Force Majeure) unter den geltenden Sanktionen“. Die Veranstaltung können Sie sowohl offline als auch online verfolgen. Bitte beachten Sie, dass die Zahl der Präsenzteilnehmer begrenzt ist.

Hier geht es zur Anmeldung:

[Rechtslage und Anwendungspraxis der Feststellung von Umständen höherer Gewalt \(Force Majeure\) in Belarus, Russland und Deutschland \(ahk.de\)](#)

**1. Juli: Neues aus Usbekistans Wirtschafts- und Infrastrukturentwicklung.
Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Taschkent, Dr. Tilo Klinner, 11-12:30 Uhr**

Ort: Ost-Ausschuss, Gertraudenstr. 20, 10178 Berlin, und via Teams

Usbekistan ist in den letzten Monaten deutlich stärker ins Blickfeld der deutschen Wirtschaft gekommen. Das liegt im Wesentlichen an den sichtbaren Ergebnissen der Wirtschaftsreformen der neuen Regierung, aber auch an den Verschiebungen in der Region infolge des Krieges Russlands gegen die Ukraine.

In einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Taschkent, Dr. Tilo Klinner, wollen wir die Entwicklungen des Landes in Wirtschaft und insbesondere Verkehrsinfrastruktur vorstellen.

Das Gespräch findet im hybriden Format im Vorfeld der [OA-Unternehmerdelegationsreise nach Usbekistan \(5.-6.7.\)](#) statt.

Bitte melden Sie sich bis zum **28. Juni 2022** bei Interesse an einer Teilnahme bei Eduard Kinsbruner, E.Kinsbruner@oa-ev.de

4. Juli: Sitzung des Arbeitskreises Energie und Nachhaltigkeit und des Länderarbeitskreises Mittelosteuropa im Ost-Ausschuss, 13:00 – 14:30 Uhr

Thematischer Schwerpunkt der Sitzung ist „Poland - Plans, challenges and cooperation in accelerating the transition to RES“

In der Sitzung wird Adam Guibourgé-Czetwertyński, Vize-Minister für Klima und Umwelt der Republik Polen, die Herausforderungen und Pläne infolge des REPowerEU-Programms und des IEA-10-Punkte-Plans in Polen vorstellen und Fragen von Unternehmen beantworten. Mit den Teilnehmern wollen wir die Bedeutung von REPowerEU für die Kooperation im Energiebereich und speziell bei Erneuerbaren Energiequellen zwischen unseren Ländern diskutieren.

Die Arbeitssprache der Sitzung ist Englisch.

Bei Interesse an einer Teilnahme melden Sie sich bitte bis zum 29. Juni bei Adrian Stadnicki, a.stadnicki@oa-ev.de

5. bis 6. Juli: Delegationsreise nach Usbekistan

Vom 5. bis 6. Juli 2022 organisiert der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft gemeinsam mit dem Deutsch-Usbekischen Wirtschaftsrat **eine Delegationsreise unter der Leitung des Vorstandsmitglieds und Sprecher des Länderkreises Zentralasien im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie Co-Vorsitzenden des Deutsch-Usbekischen Wirtschaftsrates Manfred Grundke nach Taschkent.**

Für Fragen zur Reise wenden Sie sich im Ost-Ausschuss bitte an Eduard Kinsbruner, E.Kinsbruner@oe-ev.de

5. bis 7. Juli: Deutsch-Kosovarische Wirtschaftsforum in Prishtina

Die Deutsch-Kosovarische Wirtschaftsvereinigung (KDWW) organisiert gemeinsam mit dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vom 5. bis 7. Juli 2022 das Deutsch-Kosovarische Wirtschaftsforum in Prishtina, zu dem wir Sie herzlich einladen.

Wir freuen uns, dass wir den Premierminister der Republik Kosovo Albin Kurti sowie den deutschen Botschafter Jörn Rohde als Sprecher gewinnen konnten. Mit diesem Forum wollen wir Ihnen die Möglichkeit bieten, in Fachvorträgen sowie zahlreichen Netzwerkmöglichkeiten mit kosovarischen und deutschen Unternehmern, Institutionsvertretern und Politikern mehr über den kosovarischen Markt mit seinen Investitions- und Kooperationsmöglichkeiten zu erfahren. Besonderen Schwerpunkt werden wir auf die folgenden Themen setzen:

- ICT, Business Process Outsourcing und kreative Industrie
- Nearshoring (Einkauf, Investition, Kooperation)
- erneuerbare Energie.

Darüber hinaus erwarten Sie unter anderem zwei Abendveranstaltungen mit Gelegenheit, Ihr Netzwerk mit Vertretern aus Unternehmen und Institutionen zu erweitern. Unternehmensbesichtigungen sowie Stadtführungen in Prishtina und Prizren ergänzen das Programm.

Weitere Informationen erhalten Sie bei: Anja Quiring: A.Quiring@oa-ev.de

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 10. Juni)

EU-Kommission unterstützt ukrainischen Beitrittsantrag

Das Kollegium der Kommissionsmitglieder hat am heutigen Freitag seine Stellungnahmen zu den Beitrittsanträgen der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens angenommen.

Die Bewertung fällt für die Ukraine und die Republik Moldau positiv aus. Sie empfiehlt dem Rat, der Ukraine und der Republik Moldau die europäische Perspektive und den Kandidatenstatus zu gewähren, vorausgesetzt, die Länder führen eine Reihe weiterer wichtiger Reformen durch.

Für Georgien empfiehlt die Kommission dem Rat, die europäische Perspektive zu gewähren und erneut zu prüfen, wie Georgien eine Reihe von Bedingungen erfüllt, bevor ihm der Kandidatenstatus zuerkannt wird.

Die Erklärung von Kommissionspräsidentin von der Leyen finden Sie hier:

[Statement by the President: Opinions on EU membership \(europa.eu\)](#)

RedaktionsNetzwerkDeutschland

Scholz befürwortet in Kiew Status als EU-Beitrittskandidat

Bundeskanzler Olaf Scholz will sich dafür einsetzen, dass die Ukraine den Status eines EU-Beitrittskandidaten bekommt. Das sagte er am Donnerstag bei seinem Besuch in Kiew. „Die Ukraine gehört zur europäischen Familie. Ein Meilenstein auf ihrem voraussetzungsvollen europäischen Weg ist der Status eines Beitrittskandidaten. Darüber beraten die Mitgliedsstaaten der EU in den nächsten Tagen.“ Man wissen: Es braucht Einstimmigkeit unter den 27 EU-Ländern, sagte Scholz. „Deutschland ist für eine positive Entscheidung zugunsten der Ukraine.“ Er wolle für ein einiges Ergebnis kämpfen.

Das gelte auch für die Republik Moldau, betont der Bundeskanzler.

Es sei eine Frage der europäischen Glaubwürdigkeit, dass man gegenüber den Staaten des westlichen Balkan, die sich seit Jahren schon auf diesem Weg befänden, nun endlich das Versprechen einlöse; jetzt und konkret. Mit „die Ukraine soll leben“ schloss der Kanzler sein Statement.

Auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat sich dafür ausgesprochen, der Ukraine den Status eines EU-Beitrittskandidaten zuzusprechen. „Auf jeden Fall unterstützen wir den Beitrittsstatus der Ukraine zur Europäischen Union“, sagte Macron.

Die EU-Kommission will an diesem Freitag eine Empfehlung zu dem Thema vorlegen, die Entscheidung muss einstimmig getroffen, voraussichtlich beim EU-Gipfel am 23. und 24. Juni in Brüssel.

Draghi fordert UN-Einsatz für Korridore im Schwarzen Meer

Italiens Regierungschef Mario Draghi will die Blockade der ukrainischen Häfen durch Russland unter einer Koordination der Vereinten Nationen beenden. Das russische Militär lässt derzeit Schiffe aus der Ukraine mit Getreide nicht auslaufen. Vor allem ärmere Länder etwa in Afrika sind dringend auf diese Lieferungen angewiesen. „Der einzige Weg ist eine Resolution der Vereinten Nationen, um die Korridore im Schwarzen Meer zu regeln“, sagte Draghi am Donnerstag bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Scholz und dem französischen Präsidenten Macron. Russland lehnt dies bislang ab.

„Die humanitäre Krise in der Ukraine darf nicht zu einer weltweiten Katastrophe führen“, ergänzte Draghi. Europa müsse nun Stärke zeigen, forderte der Italiener. „Wir müssen die Herausforderung mit Mut angehen“, demselben Mut, den Ukraines Präsident Wolodymyr Selenskyj gezeigt habe. „Mit Entschlossenheit und Einheit. Das schulden wir den Ukrainern, das schulden wir den Europäern“, sagte Draghi.

Einladung zum G7-Gipfel in Bayern

Am Mittag dankte Scholz dem ukrainischen Präsidenten auf Twitter, für den Empfang in Kiew sowie dessen Annahme zur Teilnahme am G7-Gipfel. „Wir Europäer stehen fest an Eurer Seite“, schrieb der Kanzler zu dem Beitrag.

Mit Macron und Draghi: Scholz reist im Nachtzug nach Kiew

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und der italienische Ministerpräsident Mario Draghi sind am Donnerstag zu einem Solidaritätsbesuch in die ukrainische Hauptstadt Kiew gereist. Dort stieß der rumänische Präsident Klaus Iohannis zu der Gruppe - er hatte eine andere Reiseroute genommen.

Bei der Reise sollte es um weitere Unterstützung für das von Russland angegriffene Land gehen. Zudem stand auch der Wunsch der Ukraine im Fokus, in die EU aufgenommen zu werden. Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, forderte von Scholz erneut die rasche Lieferung schwerer Waffen.

Scholz, Macron und Draghi waren über Nacht in einem Sonderzug nach Kiew gereist. Kurz nach ihrer Ankunft wurde in der ukrainischen Hauptstadt Luftalarm ausgelöst, der nach gut 30 Minuten wieder aufgehoben wurde.

Kurz nach seiner Ankunft besuchte Scholz den teils zerstörten Kiewer Vorort Irpin. Ähnlich wie im benachbarten Butscha waren dort nach dem Rückzug der Russen Ende März knapp 300 teils hingerichtete Zivilisten gefunden worden.

Dpa:

Kommission will EU-Kandidatenstatus für Ukraine und Moldau empfehlen

Die EU-Kommission wird sich aller Voraussicht nach für eine Vergabe des EU-Beitrittskandidatenstatus an die Ukraine und an Moldau aussprechen. Wie die Deutsche Presse-Agentur in der Nacht aus Kommissionskreisen erfuhr, soll an diesem Freitag bei einer Sitzung unter der Leitung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine entsprechende Empfehlung für die Regierungen der 27 EU-Mitgliedstaaten beschlossen werden. Zugleich dürfte den Angaben zufolge klar gemacht werden, dass weitere Fortschritte im Beitrittsprozess an die Erfüllung konkreter Bedingungen geknüpft werden sollten. Bei der Ukraine geht es demnach vor allem um Fortschritte bei der Rechtsstaatlichkeit und im Kampf gegen Korruption.

Das ebenfalls einen EU-Beitritt anstrebende Georgien soll nach Angaben aus Kommissionskreisen erst nach der Erfüllung von Auflagen den Kandidaten-Status bekommen. Das Land würde demnach wie derzeit Bosnien-Herzegowina und das Kosovo vorerst nur ein „potenzieller EU-Beitrittskandidat“ sein. Die ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hatte kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs im Februar die Aufnahme seines Landes in die EU beantragt. Kurz darauf reichten auch Moldau und Georgien Beitrittsanträge ein. Die EU-Staaten beauftragten die EU-Kommission dann, sich damit zu befassen und eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen abzugeben. Auf Grundlage der Behördenanalyse müssen die Regierungen der EU-Staaten entscheiden, wie es weitergeht. Eine Entscheidung könnte bereits beim nächsten Gipfeltreffen fallen, das am kommenden Donnerstag in Brüssel beginnt.

Sechstes EU-Sanktionspaket

[Q&A: 6th package of sanctions against Russia \(europa.eu\)](#)

[EUR-Lex - 32022D0884 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

[EUR-Lex - 32022R0879 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

Liste der EU-Personensanktionen

[EU-Sanktionen: Kommission veröffentlicht Liste mit Einreiseverboten \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)

FAQ der Europäischen Kommission zu Sanktionen

Die Europäische Kommission hat folgende FAQs zu den Russland-Sanktionen veröffentlicht:

- [state-owned enterprises](#) (8. Juni)
- [public procurement](#) (2. Juni)
- [aviation](#) (2. Juni)
- [credit rating](#) (1. Juni)
- [deposits](#) (1. Juni)
- [insurance and reinsurance](#) (1. Juni)
- [customs-related matters](#) (1. Juni)
- [circumvention and due diligence](#) (31. Mai)
- [deposits](#) (23.5.)
- [public procurement](#) (23.5.)
- [access to EU ports](#) (23.5.)
- [sale of securities](#) (23.5.)
- [circumvention and due diligence](#) (19.5.)
- [assets freeze](#) (19.5.)
- [central securities depositories](#) (17.5.)
- [trading](#) (13. Mai)
- [state-owned enterprises](#) (11. Mai)
- [customs](#) (5. Mai)
- [trading](#) (4. Mai)
- [assets freeze and prohibition to make funds and economic resources available](#) (4. Mai)
- [insurance and reinsurance](#) (3. Mai)
- [sale of securities in an official Member State currency](#) (3. Mai)
- [deposits](#) (3. Mai)
- [luxury goods](#) (2. Mai)
- [humanitarian aid](#) (2. Mai)
- [credit rating](#) (28. April)
- [access to EU ports](#) (27. April)
- [central securities depositories](#) (26. April)
- [export restrictions on maritime navigation goods and technology](#) (26. April)
- [intellectual property rights](#) (26. April)
- [customs related matters](#) (25. April)
- [Russian energy sector](#) (22. April)

Alle Leitlinien in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Die EU-Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](#)

4. Russland-Gegensanktionen

Putin-Rede auf dem Wirtschaftsforum in St. Petersburg

Der russische Präsident Wladimir Putin hat den Westen in seiner Rede auf dem St. Petersburg International Economic Forum am Freitagnachmittag massiv verbal angegriffen. Die USA agierten, als seien sie von Gott mit heiligen Interessen auf die Erde geschickt worden, sagte er laut einer Zusammenfassung der österreichischen Zeitschrift Kurier. „Unsere westlichen Kollegen denken immer noch in Kategorien des vergangenen Jahrhunderts, sie behandeln andere Länder wie Kolonien“, wetterte Putin und betonte, nichts in der internationalen Politik werde so sein, wie es einmal gewesen sei. „Viele Handels- und Logistikbeziehungen werden auf eine neue Probe gestellt. Schlüsselbegriffe der Wirtschaft wie globaler Ruf, Unverletzlichkeit des Eigentums, Vertrauen in die Weltwährungen werden von unseren Partnern im Westen gründlich untergraben, und dies geschieht absichtlich um der Ambitionen willen, im Namen der Aufrechterhaltung überholter geopolitischer Illusionen.“

Wegen eines Hackerangriffs auf das Forum hatte sich die für 13 Uhr geplante Rede zuvor um eine Stunde verzögert. Es habe eine Cyberattacke auf das Einlasssystem gegeben, teilte Kremlsprecher Dmitri Peskow mit.

Trotz der westlichen Sanktionen gegen Russland sieht Putin Russland auf einem Erfolgskurs. Die 2020er-Jahre sollten zu einer Zeit der „Festigung der wirtschaftlichen Souveränität für Russland“ werden, schrieb er vor seiner Rede in einem Grußwort an die Teilnehmer des Wirtschaftsforums.

Der Westen sieht hingegen Russland verantwortlich für zahlreiche Krisen sowie die hohen Preise für Energie und Lebensmittel. Putin wies das zurück: „Jahrelange Fehler der westlichen Staaten in der Wirtschaftspolitik und die unrechtmäßigen Sanktionen haben zu einer Welle der globalen Inflation geführt, zur Zerstörung gewohnter Liefer- und Produktionsketten und zu einem starken Anstieg der Armut und zum Defizit bei Lebensmitteln.“

Laut Frankfurter Rundschau sagte in St. Petersburg, dass der wirtschaftliche „Blitzkrieg“ gegen Russland keinen Erfolg habe. Die Staatsoberhäupter der westlichen Länder würden von „beunruhigenden Perspektiven“ sprechen, europäische Politikerinnen und Politiker hätten sich und ihren Ländern selbst geschadet. „Die Lebensqualität der Europäer sinkt“, so Putin. Die Sanktionen gegen Russland seien darüber hinaus „realitätsfremd“ und „ohne Vernunft“ angewendet worden. Die Inflation, die Ernährungskrise, die Kraftstoffkrise seien Ergebnisse der systematischen Fehler der USA und der europäischen Bürokratie. Einen „gewissen Einfluss“ hätte die Operation Russlands in der Ukraine zwar gehabt, aber im Großen und Ganzen würden die Europäische Union und die USA die „Operation“ als Ausrede benutzen. Das wüsste jeder, „der eine Grundschule besucht hat.“

Laut n-tv sagte Putin, die westlichen Sanktionen gegen Russland hätten ihre Wirkung verfehlt. „Der wirtschaftliche Blitzkrieg hatte von Anfang an keine Chancen auf Erfolg. Wir sind starke Leute, und wir kommen mit jeder Herausforderung klar.“ Die Sanktionen, die

westliche Staaten als Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine verhängt haben, bezeichnete Putin als "wahnsinnig" und "gedankenlos". Die Strafmaßnahmen trafen die EU ebenfalls hart. Er beziffert den Schaden für Europa mit 400 Milliarden US-Dollar. Putin kritisiert in seiner Rede vor Wirtschaftsvertretern den Westen auch darüber hinaus. Die USA führten sich wie der „Bote Gottes auf Erden“ auf, meint er. Der Westen wolle andere Teile der Welt kolonialisieren.

In Putins Rede finden sich auch Angebote an Unternehmen. Die Importsubstitution sei für Russland kein Allheilmittel, keine radikale Lösung. „Wenn wir uns wiederholen, besteht die Gefahr, dass wir uns in einer Situation wiederfinden, in der wir ständig aufholen müssen. Wir müssen unsere eigenen wettbewerbsfähigen Technologien, Produkte und Dienstleistungen entwickeln.“ Russland solle stattdessen „echte technologische Souveränität“ anstreben.“ Es ist notwendig, alle Lebensbereiche auf einem qualitativ neuen technologischen Niveau aufzubauen und über technologische Schlüssel zu verfügen, um Güter und Dienstleistungen für die nächsten Generationen zu schaffen.“

Putin rief auch Auslandsrussen zur Rückkehr nach Russland und zu Investitionen im Land auf: „Die jüngsten Ereignisse haben bestätigt: Zu Hause ist es sicherer. Diejenigen, die diese offensichtliche Botschaft nicht hören wollten, haben im Westen Millionen von Dollar verloren.“ Putin versprach den Unternehmen in Russland einen Abbau von Bürokratie. Man solle „dauerhaft auf die meisten Inspektionen aller russischen Unternehmen zu verzichten, deren Aktivitäten kein hohes Schadensrisiko bergen.“ Jede private Initiative sollte unterstützt werden, wenn sie darauf abziele, Russland zu unterstützen. „Russland ist bereit, seinen Beitrag zu leisten und wird sich nicht selbst isolieren. Wir werden die Interaktion mit denjenigen, die mit uns zusammenarbeiten wollen, ausbauen. Es gibt viele von ihnen, es ist die überwältigende Mehrheit der Menschen auf der Erde.“

Diskussion über Agentengesetz – weitere Ergänzungen

Der am 7. Juli in erster Lesung behandelte Gesetzentwurf zu Novellierung des Gesetzes zu Ausländischen Agenten ist weiter in der Diskussion. Neue Vorschläge verlangen nun, dass „Ausländische Agenten“ von der Anwendung des vereinfachten Besteuerungssystems ausgeschlossen werden sollen, darüber wird auf der Seite der Staatsduma [Gosduma](#) berichtet.:

Der Gesetzesentwurf ist Teil eines Pakets von Bundesgesetzen, die darauf abzielen, die Regulierung des Status ausländischer Agenten zu verbessern. Der Staatsduma wurden Änderungen zum Steuergesetzbuch der Russischen Föderation vorgelegt, die verhindern sollen, dass ausländische Agenten das vereinfachte Steuersystem anwenden. Die Initiative wurde von Abgeordneten aller Fraktionen unter der Leitung von Wassili Piskarew, dem Vorsitzenden der Kommission für die Untersuchung der Einmischung ausländischer Staaten in die inneren Angelegenheiten Russlands, verfasst.

„Wir halten es für falsch, Personen und Organisationen, die in unserem Land die Interessen ausländischer und meist uns feindlich gesinnter Staaten fördern, irgendwelche Vorteile und Präferenzen zu gewähren“, betonte Wassili Piskarew.

Er wies auch darauf hin, dass der grundlegende Gesetzesentwurf "über die Kontrolle der Aktivitäten von Personen unter ausländischem Einfluss" im Falle seiner Verabschiedung festlegen würde, dass ein ausländischer Agent keine staatliche finanzielle Unterstützung erhalten und nicht in Unternehmen investieren darf, die für die Verteidigung und Sicherheit des Landes von strategischer Bedeutung sind.

Tagesschau

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte nennt Russlands „Agenten“-Gesetz willkürlich

In Russland gilt das Gesetz über „ausländische Agenten“, auf dessen Grundlage Organisationen teils hohe Strafen bekommen. Das bisherige Gesetz will die Duma demnächst deutlich erweitern (siehe Meldungen oben). Nun hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte dies als Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention gewertet.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) sieht im russischen Gesetz über "ausländische Agenten" einen Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Das Gesetz, das seit 2012 in Russland gilt und 2020 erweitert wurde, öffne staatlicher Willkür Tür und Tor, so das Urteil. Es stelle eine Verletzung der Meinungsfreiheit sowie der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit dar, die von der Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert sind.

Der EGMR begründete sein einstimmig gefälltes Urteil mit den "außergewöhnlichen" Auflagen für NGOs, die von den russischen Behörden als "ausländische Agenten" eingestuft werden. Nicht-Regierungs-Organisationen mit strengen Meldeauflagen und Geldbußen zu überziehen - das sei "in einer demokratischen Gesellschaft nicht nötig".

Über 70 russische NGOs hatten sich beschwert

Der EGMR fällt sein Urteil aufgrund von 2013 bis 2018 eingereichten Beschwerden gegen Maßnahmen gegen 73 russische NGOs, die sich unter anderem für Bürgerrechte, die Umwelt und Bildung einsetzten. Der Vorwurf: staatliche Repressionen.

Unter ihnen war auch die Menschenrechtsorganisation "Memorial", deren Auflösung ein Moskauer Gericht Ende des vergangenen Jahres beschlossen hatte. Die Menschenrechtsorganisation setzt sich seit mehr als 30 Jahren für politisch Verfolgte und die Aufarbeitung der Stalin-Verbrechen ein.

Dabei war der Fall "Memorial" kein Einzelfall: Auf der Grundlage des Gesetzes werden Nicht-Regierungs-Organisationen seit Jahren mit schweren Sanktionen und hohen Strafen belegt

oder ganz aufgelöst. Betroffen waren neben "Memorial" auch andere Organisationen: Manche waren von russischen Gerichten aufgelöst, andere durch hohe Geldstrafen zur Auflösung gezwungen worden.

Russland hält sich nicht mehr an EGMR-Urteile

Der EGMR hatte Russland schon im Dezember dazu aufgerufen, die Auflösung von Memorial zurückzunehmen. Nun verurteilte er den russischen Staat dazu, den Beschwerdeführern insgesamt 1,02 Millionen Euro Schadensersatz zu zahlen und ihnen knapp 119.000 Euro Prozesskosten zu erstatten.

Dass das Geld bei den Organisationen ankommt, ist unwahrscheinlich: Russland ist im März aus der Europäischen Menschenrechtskonvention ausgetreten. Obwohl sich das Land trotzdem noch bis zum 26. September an die Urteile aus Straßburg halten müsste, tut es das nicht. Seit dem vergangenen Samstag auch ganz offiziell: Ein neues Gesetz bestimmt ausdrücklich, dass Urteile des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs nicht mehr umgesetzt werden.

Der EGMR ist der juristische Arm des Europarats, aus dem Russland wegen seines Angriffskriegs in der Ukraine ausscheiden musste. Moskau hatte seinen Austritt nach 26 Jahren Mitgliedschaft bereits Mitte März bekanntgegeben und war so einem Beschluss der übrigen Mitgliedstaaten zuvorgekommen.

AEB – Geschäftsklimaumfrage Russland

Bereits zum 15. Mal wurde von der Association of European Businesses (AEB) die Umfrage „Strategien und Aussichten für europäische Unternehmen in Russland“ durchgeführt. Die aktuelle Umfrage fand im April und Mai 2022 statt, also bereits nach dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine. 107 AEB-Mitgliedsunternehmen nahmen an der Umfrage teil. Diese verteilen sich folgendermaßen: Deutschland (21%), Russland (20%), Frankreich (11%), Schweden (8%), Vereinigtes Königreich (5%), Niederlande (4%), Finnland (4%), Schweiz (4%), Italien (3%), USA (2%) und andere.

Die Umfrageergebnisse zeigen einen starken Rückgang der kurzfristigen (1-2 Jahre) und mittelfristigen (3-5 Jahre) Wirtschaftserwartungen. Nur 7 Prozent der Unternehmen planen aktuell noch eine Erhöhung ihrer Investitionen in Russland, gegenüber 45 Prozent im vergangenen Jahr). Die meisten Unternehmen erwarten in den nächsten 3 Jahren einen Rückgang ihrer Gewinne und Einnahmen (59 Prozent erwarten Einbußen beim Gewinn- und 62 Prozent beim Umsatz). Die Top-Liste der negativen Faktoren umfasst: Einschränkungen aufgrund der Sanktionen der USA, der EU und anderer Staaten gegen Russland (79 Prozent) und die Ungewissheit über die Entwicklung der Situation / Risiko einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in Russland / Gefahr der Isolierung Russlands (72 Prozent). 42 Prozent klagen über Einschränkungen aufgrund der Gegenmaßnahmen Russlands und weitere 42 Prozent über Reputationsrisiken für Unternehmen bei der Arbeit in Russland. 41 Prozent sehen Schwierigkeiten mit der Logistik und 31 Prozent haben Probleme durch die

Weigerungen ausländischer Partnerunternehmen, in Russland Geschäfte zu machen. 26 Prozent klagen über die Rubel-Volatilität, 22 Prozent über den Rückgang der Kaufkraft der russischen Bevölkerung. Trotz der Schwierigkeiten wollen 65 Prozent der teilnehmenden Unternehmen ihr Personal in Russland halten.

Hier die Ergebnisse (englische Version):

[AEB Survey results 2022 ENG.pdf \(aebrus.ru\)](#)

[Презентация PowerPoint \(aebrus.ru\)](#)

Weitere Meldungen zu Russland:

Deutsche Welle:

Keine westlichen Großinvestoren beim Forum in St. Petersburg

Die USA haben die Investoren aufgefordert, das Forum in St. Petersburg zu boykottieren. Nur sechs russische Milliardäre sind für die Veranstaltung angekündigt.

Auf dem Internationalen Wirtschaftsforum von St. Petersburg (SPIEF), das am Mittwoch, den 15. Juni, begann, wird kein einziger ernsthafter westlicher Investor anwesend sein, wie aus dem auf der Website des Forums veröffentlichten Programm hervorgeht. Nur sechs russische Milliardäre sind für die Veranstaltung angekündigt.

Dem Programm zufolge werden insgesamt 11 westliche Redner und sechs russische Milliardäre auf dem Forum sprechen. Die größte Anzahl westlicher Teilnehmer - fünf - wird an der Diskussion „Westliche Investoren: Neue Realitäten“ teilnehmen. Dabei handelt es sich um Vertreter der französischen, italienischen, kanadischen und amerikanischen Handelskammern sowie des Verbands der italienischen Industrie. Der Zweck dieser Organisationen ist die Unterstützung von Geschäftsleuten aus diesen Ländern in Russland.

Zwei weitere westliche Redner werden auf dem Podium über den Sport und die Auswirkungen von Sanktionen auf den Sport sprechen. Tazio Schilling, Leiter der Association of European Businesses, einer russischen Organisation, die die Interessen westlicher Unternehmen in Russland vertritt, wird über die Haushalts- und Steuerpolitik unter Sanktionen sprechen. Der italienische Geschäftsmann Fabio Cacciatori wird bei der Diskussion über die Urbanisierung der Zukunft sprechen.

Westliche Teilnehmer des Forums

Darüber hinaus wird der französische Wirtschaftswissenschaftler Jacques Sapir an der Diskussion über die autarke Wirtschaft teilnehmen. Vor dem Krieg trat er regelmäßig in den russischen Medien auf und befürwortete auch den Austritt Frankreichs aus der Europäischen Union, wie die Online-Ausgabe von Agence berichtet. Ende Februar verurteilte Sapir jedoch

die russische Invasion in der Ukraine als „ungerechtfertigt und inakzeptabel“ und stellte die Zusammenarbeit mit RT und Sputnik ein.

Nur sechs russische Milliardäre werden in diesem Jahr auf Russlands größtem Wirtschaftsforum sprechen, obwohl es 2021 in Russland mehr als 120 Geschäftsleute mit einem Vermögen von mehr als 1 Milliarde Dollar gab. Der Eigentümer von Severstal, Alexej Mordaschow, der Vorstandsvorsitzende von Novatek, Leonid Mikhelson, der Vorsitzende der Renova-Gruppe, Viktor Vekselberg, der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Pipe Metallurgical Company, Dmitri Pumpjansky, der Gründer von Kaspersky Lab, Jewgeni Kaspersky, und der ehemalige Vorstandsvorsitzende von ChTPZ, Andrej Komarow, werden an den Diskussionen des Forums teilnehmen.

Letzte Woche kündigte das US-Außenministerium an, dass US-Vertreter in keiner Weise am SPIEF teilnehmen würden, und rief Unternehmen und andere Regierungen dazu auf, sich dem Boykott anzuschließen. „Wir drängen darauf, eine klare Botschaft zu senden, dass 'business as usual' nicht stattfinden wird, solange die russischen Streitkräfte die Ukraine angreifen“, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Ned Price.

[ntv:](#)

Russische Zentralbankchefin will Kapitalkontrollen beenden

Wegen der westlichen Sanktionen aufgrund des russischen Krieges gegen die Ukraine reagiert Russland mit Devisenbeschränkungen. Diese könnten nun weitgehend aufgehoben werden, dafür spricht sich Zentralbankchefin Nabiullina aus. Sie fordert zudem einen Umbau der Wirtschaft.

Die russische Zentralbankchefin Elvira Nabiullina spricht sich für ein Ende der wegen der westlichen Sanktionen eingeführten meisten Kapitalkontrollen aus. "Wir hatten eine Reihe von Devisenbeschränkungen", sagte Nabiullina in St. Petersburg. "Ich bin der Meinung, dass sie abgeschafft werden sollten, die meisten jedenfalls." So solle es Russen nicht mehr verboten werden, Bankkonten in US-Dollar oder anderen Fremdwährungen zu unterhalten.

Russland hatte als Reaktion auf die westlichen Sanktionen wegen des am 24. Februar begonnenen Krieges gegen die Ukraine strenge Kontrollen für Devisengeschäfte eingeführt. Beispielsweise wurde ein Ausfuhrverbot von Devisenbeträgen in bar über mehr als 10.000 Dollar untersagt, um den Kapitalabfluss aus Russland zu unterbinden und Finanzstabilität zu wahren.

Nabiullina sprach sich auf Russlands wichtigster jährlicher Wirtschaftskonferenz in St. Petersburg für einen Umbau der Wirtschaft aus. Ein "wesentlicher Teil" der russischen Industrie solle für den heimischen Markt arbeiten, anstatt sich auf Exporte als Einnahmequelle zu verlassen.

Die Währungshüterin warnte zugleich vor dem Verlust des Zugangs zu Technologien, der die russische Wirtschaft untergraben könne. Moskau müsse sich um private Initiativen bemühen, um bei der technologischen Entwicklung am Ball zu bleiben. Ein Abgleiten in eine Situation wie in der Sowjetunion müsse verhindert werden, als das Land den technologischen Anschluss an seine westlichen Konkurrenten verpasst hatte.

Präsident Wladimir Putin hatte sich zuvor zuversichtlich gezeigt, dass Russland trotz der schärfsten Sanktionen in der modernen Geschichte durch den Westen wirtschaftlich gedeihen werde. Allerdings müssten die Grundlagen der 1,8 Billionen Dollar schweren russischen Wirtschaft neu ausgerichtet werden.

Kommersant

Vestas kündigt Sonderinvestitionsvertrag

Mit Vestas hat laut Informationen des Kommersant das erste europäische Unternehmen beschlossen, den Sonderinvestitionsvertrag (SPIC) mit Russland nach dem Beginn des militärischen Konflikts in der Ukraine zu kündigen. Das dänische Unternehmen Vestas habe entsprechende Verhandlungen mit dem Ministerium für Industrie und Handel aufgenommen und plane, sein Werk zur Herstellung von Rotorblättern für Windkraftanlagen in Uljanowsk bis August zu schließen. Der Weggang von Vestas stelle die 250-MW-Windparkprojekte von Fortum in Frage: Analysten zufolge sei es praktisch unmöglich, kurzfristig einen neuen Lieferanten zu finden. Vestas plant, das Werk in Uljanowsk, in dem Rotorblätter für Windenergieanlagen hergestellt werden, zum 31. Juli zu schließen.

Wedomosti

Henley & Partners prognostizieren Abwanderung von 15.000 Millionären aus Russland

Bis Ende 2022 könnten 15.000 Millionäre Russland verlassen. Dies ist die Prognose in einem Bericht von Henley & Partners, einer britischen Migrationsberatungsfirma. Fünfzehn Prozent aller Einwohner mit einem Kapital von 1 Million Dollar oder mehr könnten Russland verlassen.

Kosmo

Tausende russische Unternehmen auf dem Balkan

Seit Beginn der Invasion der Ukraine wurden allein in Montenegro 1.100 Unternehmen aus Russland gegründet; ein ähnlicher Trend wurde in Serbien beobachtet.

Seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine und der Einführung von Sanktionen gegen russische Unternehmen und die Wirtschaft sind viele Menschen auf der Flucht. Die Schrecken des Krieges lösten eine Flüchtlingswelle aus der Ukraine aus. Die Vereinten

Nationen schätzten, dass mehr als sechs Millionen Menschen das Land verlassen hatten, hauptsächlich Frauen, Kinder und keine Wehrpflichtige.

Andererseits besagen inoffizielle Schätzungen, dass etwa fünf Millionen Bürger der Russischen Föderation das Land verlassen haben. Die Frage ist: Was ist mit dem erworbenen Wissen, den Marktcompetenzen und dem Kapital derjenigen, die sich entschieden haben, in den Westbalkan zu kommen?

Die Finanz- und Zollverwaltung von Montenegro bietet Daten an, nach denen vom 1. Februar bis 9. Juni in diesem kleinsten Land der Region die Gründung von 1.100 Unternehmen registriert wurde, deren Gründer natürliche Personen aus Russland sind.

„Davon beschäftigen sich 229 Unternehmen mit der Computerprogrammierung, 81 Unternehmen mit der Datenverarbeitung, dem Hosting von Anwendungen und der Bereitstellung von Anwendungsdiensten. An dritter Stelle stehen Beratungstätigkeiten im Zusammenhang mit Geschäfts- und anderem Management – 65 Unternehmen und Beratungstätigkeiten im Bereich der Informationstechnologie – 63 Unternehmen“, so die Finanz- und Zollverwaltung von Montenegro.

Im selben Zeitraum wurden 104 Unternehmen registriert und von natürlichen Personen aus der Ukraine gegründet. Die am stärksten vertretene Tätigkeit ist die Computerprogrammierung – 13 Unternehmen.

Mehr als 700 Russen eröffneten Geschäfte in Serbien

In Serbien, das Land mit der größten Bevölkerungszahl und einziges Land mit einem Direktflug zu Städten in Russland, haben vom Beginn des Krieges am 24. Februar bis zum 31. Mai insgesamt 399 natürliche und acht juristische Personen aus der Russischen Föderation die Eröffnung von 287 Unternehmen registriert. Darüber hinaus eröffneten weitere 730 Bürger aus diesem Land ein Gewerbe.

„Zudem wurden in den ersten Tagen im Juni 17 weitere Unternehmen und 57 Unternehmer registriert, deren Gründer juristische und natürliche Personen aus Russland sind.“, berichtet die Agentur für Unternehmensregister Serbiens.

Gleichzeitig eröffneten 12 natürliche Personen aus der Ukraine 12 Unternehmen in Serbien. Sieben weitere Personen registrierten die Gründung der gleichen Anzahl von unternehmerischen Aktivitäten in Serbien. In der ersten Juniwoche wurden zwei weitere Unternehmen und ein Unternehmer registriert.

Belastungen für die russische Stahlindustrie

Die russischen Stahlhersteller erwarten im Laufe des Jahres eine Senkung der Produktion um rund 15 Prozent. Dabei wird der stärkste Rückgang in der zweiten Jahreshälfte verzeichnet werden. Die EU ist als der größte Exportmarkt weggebrochen. Die gleichzeitige Aufwertung

des Rubels hat die Gewinnspannen der Branche auf ein Minimum reduziert: Nach Angaben des russischen Stahlverbands werden Stahlexporte schon ab einem Wechselkurs von 63,5 Rubel zum US-Dollar unrentabel (aktuell 57,8). All dies hat Diskussionen über die Abschwächung der Steuerlast für die Stahlindustrie ausgelöst.

dpa:

Russland will Urteile des Menschenrechtsgerichtshofs nicht beachten

Russland will sich nicht mehr an Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte halten. Ein entsprechendes Gesetz unterzeichnete Präsident Wladimir Putin am Samstag, wie die Agentur Tass meldete. Demnach werden Urteile, die nach dem 15. März ergangen sind, nicht mehr ausgeführt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit Sitz im französischen Straßburg gehört zum Europarat. Gemeinsam setzen sich die von der Europäischen Union unabhängigen Organe für den Schutz der Menschenrechte in den 47 Mitgliedstaaten ein. Russland und die Ukraine waren ursprünglich beide Mitglieder des Europarats. Das Gremium hatte Russlands Mitgliedschaft am 25. Februar in Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine zunächst suspendiert. Nachdem der Kreml am 15. März seinen Austritt erklärt hatte, wurde Russland endgültig aus dem Europarat ausgeschlossen.

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland und FAQ finden Sie auf dieser der Internetseite der AEB:

[News \(aeb.rus.ru\)](https://www.aeb.rus.ru/news)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar

5. Sanktionen der USA

Russischer und schwedischer Extremist sanktioniert

Das Office of Foreign Asset Control OFAC hat Stanislaw Shewtschuk, einen in Europa ansässigen Vertreter der Russischen Imperialen Bewegung (RIM), und Alexander Zhuchkowsky, einen in Russland ansässigen Unterstützer der RIM, gemäß der Executive Order (E.O.) 13224 sanktioniert. RIM soll eine in Russland ansässige ultranationalistische, weiß-supremistische Gruppe sein, die ihren Anhängern eine paramilitärische Ausbildung bietet. Sie wurde von den USA im April 2020 als „Specially Designated Global Terrorist“ (SDGT) Organisation eingestuft.

Das Außenministerium hat auch den schwedischen Staatsangehörigen Anton Thulin gemäß E.O. 13224 sanktioniert. Thulin erhielt 2016 eine paramilitärische Ausbildung von RIM und wurde 2017 von einem schwedischen Gericht im Zusammenhang mit der Entdeckung einer Bombe in der Nähe eines Flüchtlingsheims in Göteborg verurteilt.

[Designation of Anton Thulin as a Specially Designated Global Terrorist - United States Department of State](#)

Kleine Zeitung

USA kündigen neue Milliardenhilfe für Ukraine an

Die USA haben weitere militärische und humanitäre Hilfe für die Ukraine angekündigt. Präsident Joe Biden erklärte am Mittwoch, er habe seinem ukrainischen Kollegen Wolodymyr Selenskyj in einem Telefonat ein Sicherheitspaket mit einem Umfang von mehr als einer Milliarde Dollar (956,75 Mio. Euro) in Aussicht gestellt. Es enthalte zusätzliche Artillerie sowie Waffensysteme zur Küstenverteidigung und Munition. Die Hilfe solle die Ukraine bei ihrem Kampf im Donbass unterstützen.

Zudem würden weitere 225 Millionen Dollar an humanitären Hilfen für die Menschen im Land bereitgestellt. Die Ukraine hat den Westen wiederholt aufgefordert, möglichst schnell Waffen zu liefern angesichts schwerer Kämpfe im Osten des Landes.

Früheren Angaben von Insidern zufolge ist die neue Militärhilfe in zwei Paketen aufgeteilt. Eins stamme überwiegend aus US-Beständen und umfasse insbesondere Munition für Raketenwerfer und Artilleriegeschütze im Wert von mehr als 350 Millionen Dollar. In dem zweiten Paket von etwa 650 Millionen Dollar dürften dann etwa "Harpoon" Anti-Schiffs-Raketen sowie Nachtsichtgeräte enthalten sein. Dies werde über ein spezielles, vom Kongress autorisiertes Programm für die Ukraine finanziert. Es wäre das erste Mal, dass die USA eine Lieferung der "Harpoon" erwägen. Die von Boeing hergestellten Raketen kosten Experten zufolge etwa 1,5 Million Dollar pro Stück.

Die NATO wird unterdessen nach den Worten von Generalsekretär Jens Stoltenberg der Ukraine weiterhin schwere Waffen und Langstreckensysteme liefern. Er erwarte, dass auf

dem NATO-Gipfel am 29. und 30. Juni in Madrid ein neues Hilfspaket für die Ukraine vereinbart werde. "Wir konzentrieren uns sehr darauf, die Unterstützung zu verstärken", sagt der NATO-Generalsekretär. Das Hilfspaket solle der Ukraine den Übergang von Waffen sowjetisches Stils hin zu westlichen Waffen ermöglichen.

Zugleich lud Stoltenberg den ukrainischen Präsidenten Selenskyj als Gast zum NATO-Gipfel ein. Es sei allerdings noch nicht klar, ob Selenskyj wirklich anreist oder aus seinem Amtssitz in Kiew zugeschaltet wird. "Er ist willkommen, persönlich zu kommen. Wenn das für ihn nicht möglich ist, wird er per Videokonferenz zu uns sprechen", sagte Stoltenberg.

Selenskyj nahm die Einladungen zu den Gipfeln von G7 und NATO an. Das schrieb er am Mittwoch auf Twitter. Die Gruppe sieben führender Industrienationen (G7) wird Ende Juni in Bayern tagen, die NATO direkt danach in Madrid.

US-Börsenaufsicht prüft Abhängigkeit von Russland

Die US-Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (SEC) hat im vergangenen Monat Leitlinien dazu veröffentlicht, wie Unternehmen die Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine und der internationalen Sanktionen auf ihre Geschäftstätigkeit offenlegen sollten.

Darin heißt es, dass Unternehmen Angaben machen sollten zu:

- Direkte oder indirekte Abhängigkeit von Russland, Belarus oder der Ukraine durch ihre Geschäftstätigkeit, ihren Mitarbeiterstamm, Investitionen in Russland, Weißrussland oder der Ukraine, in Russland gehandelte Wertpapiere, Sanktionen gegen russische oder belarussische Personen oder Einrichtungen oder rechtliche oder regulatorische Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit in Russland oder Belarus;
- direkte oder indirekte Abhängigkeit von Waren oder Dienstleistungen, die aus Russland oder der Ukraine oder in einigen Fällen aus Ländern, die Russland unterstützen, bezogen werden;
- tatsächliche oder potenzielle Unterbrechungen in der Lieferkette des Unternehmens; oder Geschäftsbeziehungen, Verbindungen zu oder Vermögenswerte in Russland, Belarus oder der Ukraine.

Die SEC hat auch ein Muster für eine Antwort auf eine Meldung nach dem Securities Act von 1933 und dem Securities Exchange Act von 1934 herausgegeben, das weitere Informationen zu Fragen enthält, die Unternehmen berücksichtigen sollten.

[SEC.gov | Sample Letter to Companies Regarding Disclosures Pertaining to Russia's Invasion of Ukraine and Related Supply Chain Issues \[1\]](#)

Neue General License 8c verlängert Ausnahmen für Energiegeschäfte bis Dezember

Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums hat die Russland-bezogene General License 8C, "Authorizing Transactions Related to Energy", herausgegeben. Darüber hinaus hat die OFAC geänderte FAQ veröffentlicht. Die General License enthält Ausnahmeregelungen für energiebezogene Transaktionen bis zum 5. Dezember 2022. Genannt werden dazu die Unternehmen:

Vnesheconombank, die Bank Otkritie, die Sovcombank, die Sberbank, die VTB Bank, die Alfa-Bank, deren jeweilige Töchter sowie die russische Zentralbank.

Es geht dabei um Zahlungen für die Gewinnung, Herstellung, Raffinierung, Verflüssigung, Vergasung, Wiederverdampfung, Umwandlung, Anreicherung, Herstellung, den Transport oder Kauf von Erdöl, einschließlich Rohöl, flüssigem Erdgas, Erdölprodukten, Erdgas oder anderen Produkten, die zur Energieerzeugung geeignet sind, wie Kohle, Holz oder landwirtschaftliche Produkte, die zur Herstellung von Biokraftstoffen oder Uran in jeglicher Form, sowie die Entwicklung, Erzeugung, Übertragung oder Austausch von Energie, einschließlich nuklearer, thermischer und erneuerbarer Energiequellen, in jeder Form und erneuerbare Energiequellen.

(c) Diese Allgemeingenehmigung berechtigt nicht zu:

- (1) Jegliche Transaktionen, die durch Richtlinie 1A unter E.O. 14024, Prohibitions Related für bestimmte Staatsanleihen der Russischen Föderation verboten sind;
- (2) Die Eröffnung oder Führung eines Korrespondenzkontos oder eines Durchlaufkontos
- (3) Jede Belastung eines Kontos der Zentralbank der Russischen Föderation in den Büchern eines U.S.-Finanzinstituts
- (4) Jegliche Transaktionen, die anderweitig durch die Russia Harmful Foreign Activities Sanctions Regulations verboten sind

License:

[russia_gl8c.pdf \(treasury.gov\)](#)

FAQ:

[Frequently Asked Questions - Recently Updated | U.S. Department of the Treasury](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Neue Sanktionen gegen Russen im Zusammenhang mit Verschleppungen und Zwangsadoptionen

Großbritannien hat am 16. Juni eine Reihe neuer Sanktionen verhängt. Die russische Kinderrechtsbeauftragte Maria Lvova-Belova wurde wegen der Zwangsverbringung und Adoption ukrainischer Kinder bestraft. Patriarch Kirill, Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, wurde ebenfalls wegen seiner prominenten Unterstützung der russischen Militärangriff in der Ukraine sanktioniert. Sanktionen richten sich auch gegen Putins Verbündete, militärische Befehlshaber und russische und myanmarische Waffenhändler. Lvova-Belova wird beschuldigt, die gewaltsame Verschleppung von 2.000 schutzbedürftigen Kindern aus den Regionen Luhansk und Donezk ermöglicht und eine neue Politik zur Erleichterung ihrer Zwangsadoptionen in Russland eingeleitet zu haben.

Der Moskauer Patriarch Kirill, das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, wird wegen seiner Unterstützung und Billigung des russischen Krieges sanktioniert wird. Aus demselben Grund gibt es auch Sanktionen gegen Sergej Sawostjanow, Abgeordneter der Moskauer Stadtduma und Mitglied von Putins politischer Elite und Alexey Isaykin, Präsident und Vorstandsmitglied der Volga-Dnepr-Gruppe, eines russischen Transportunternehmens mit bedeutenden Luftverkehrsaktivitäten, das von der russischen Regierung mit dem Bau von Luftbrücken für den Transport wichtiger Güter beauftragt ist

[UK sanctions Russian linked to forced transfers and adoptions - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/uk-sanctions-russian-linked-to-forced-transfers-and-adoptions)

Sanktionsdurchsetzung wird deutlich verschärft - Änderungen des Economic Crime (Transparency and Enforcement) Act 2022

Die Nichteinhaltung der britischen Finanzsanktionsvorschriften kann eine Straftat darstellen, die mit Geld- und Freiheitsstrafen geahndet werden kann. Das Office for Financial Sanctions Implementation (OFSI), das für die Durchsetzung von Finanzsanktionen im Vereinigten Königreich zuständig ist, ist außerdem befugt, zivilrechtliche Strafen von bis zu 1 Million GBP oder 50 % des Wertes des Verstoßes zu verhängen, je nachdem, welcher Wert höher ist. Bislang war dies die bevorzugte Durchsetzungsmethode des OFSI.

Bisher konnte das OFSI nur dann eine Geldstrafe gegen ein Unternehmen oder eine natürliche Person verhängen, wenn es nach Abwägung aller Wahrscheinlichkeiten davon überzeugt war, dass die betreffende Person „wusste“ oder „begründeten Anlass zu der Vermutung hatte“, dass ihr Verhalten gegen eine finanzielle Sanktion verstieß oder dass sie ihren Verpflichtungen im Rahmen der Regelung nicht nachgekommen war. Ab heute wird dieses Erfordernis der Kenntnis durch eine verschuldensunabhängige Haftung ersetzt: Mit anderen Worten, die Absicht oder das Wissen einer Person im Zusammenhang mit dem

Verstoß ist irrelevant für die Frage, ob das OFSI befugt ist, eine zivilrechtliche Geldstrafe zu verhängen. Das BAFU muss nach wie vor nachweisen, dass ein Verstoß stattgefunden hat, wobei die Wahrscheinlichkeit hoch ist.

Der neue Test, der eher dem US-amerikanischen Modell entspricht, erhöht das Risiko, dass ein Unternehmen mit einer Geldstrafe belegt wird, da das OFSI nicht mehr nachweisen muss, dass diese Wissensvoraussetzung erfüllt war. Ein Unternehmen (oder eine Einzelperson) kann sich zwar immer noch darauf berufen, dass es nicht wusste und nicht wissen oder vermuten konnte, dass es mit seinem Verhalten gegen eine Sanktion verstoßen hat, doch kann es sich damit nicht gegen die Verhängung einer zivilrechtlichen Geldstrafe wehren. Das OFSI hat eine aktualisierte Anleitung zu seinen neuen Befugnissen und seinem überarbeiteten Ansatz zur Durchsetzung von Verstößen nach dem heutigen Tag veröffentlicht. Darin wird klargestellt, dass ein Sanktionsverstoß als schwerwiegender angesehen wird (und somit eher mit einer Strafe geahndet werden kann), wenn die Person oder Einrichtung wusste oder einen begründeten Verdacht hatte, dass ihr Verhalten einen Verstoß darstellt. Wissen/Verdacht ist also nach wie vor relevant, wenn auch nicht unbedingt erforderlich, damit das OFSI eine Strafe verhängen kann.

Ebenfalls ab heute besteht für jeden, der gegen eine finanzielle Sanktion verstößt, ein erhöhtes Risiko eines Reputationsschadens. Das OFSI war bereits befugt, Einzelheiten über verhängte Geldstrafen zu veröffentlichen. Nun hat das OFSI eine neue Befugnis, ein Unternehmen oder eine Person, die nach Einschätzung des OFSI mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gegen ein Verbot einer finanziellen Sanktion oder eine Verpflichtung verstoßen hat, öffentlich zu benennen und zu beschämen", auch wenn das Unternehmen oder die Person nicht mit einer Geldstrafe belegt wurde. Diese neue Befugnis gilt für Verstöße, die ab heute begangen werden.

[JDSupra.com](https://www.jdsupra.com)

Am Dienstag (14. Juni 2022) änderte das britische Office of Financial Sanctions Implementation die Einträge für 23 Personen und 16 Einrichtungen auf seiner Russland-Sanktionsliste):

Die Dringlichkeitslisten für 9 Personen und 10 Einrichtungen wurden erneuert; die Einträge für 13 Personen und 6 Organisationen wurden von der Dringlichkeitsliste auf die Standardliste umgestellt; und die Angaben zur Person von Olga Petrovna Gryaznova wurden geändert. Außerdem wurden Korrekturen an den Einträgen für Ilya Kiva, Maxim Alekseevich Parshin und OOO Volga Group vorgenommen.

[Notice Russia 140622.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](https://publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/111422/Notice_Russia_140622.pdf)

Das britische Ministerium für internationalen Handel hat einen Leitfaden zu den Handelsanktionen und -beschränkungen veröffentlicht, die für britische Unternehmen im Handel mit Russland gelten. Der Leitfaden umfasst: Handelsanktionen, Ausfuhr-

/Einfuhrverbote und -lizenzen, Zölle auf russische und belarussische Waren, Finanzsanktionen, Bezahlung und Transportsanktionen

[Trading under sanctions with Russia - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/trading-under-sanctions-with-russia)

Am 10. Juni veröffentlichte das Office of Financial Sanctions Implementation OFSI die Allgemeine Genehmigung (GL) INT/2022/1919908 zu „Geldern nicht benannter Dritter, an denen benannte Kredit- oder Finanzinstitute beteiligt sind“, die es einer nicht benannten Person bis zum 10. September 2022 gestattet, die Retail-Bankdienstleistungen eines Kredit- oder Finanzinstituts in Anspruch zu nehmen, das im Rahmen der Russland-Sanktionen des Vereinigten Königreichs benannt wurde, sofern:

Die geleisteten/erhaltenen Zahlungen sind für den persönlichen Gebrauch der nicht benannten Person bestimmt; und der Gesamtwert der von der nicht benannten Person zwischen dem 10. Juni und dem 10. September 2022 getätigten Zahlungen 50.000 £ nicht übersteigt.

Ein relevantes Institut kann Zahlungen, die in Übereinstimmung mit den oben genannten Punkten getätigt wurden, verarbeiten, vorausgesetzt, dass der Gesamtwert der zwischen dem 10. Juni und dem 10. September 2022 verarbeiteten Zahlungen 50.000 £ nicht übersteigt.

Schweiz

Schweiz übernimmt 6. Sanktionspaket

Am Freitag (10. Juni 2022) gab der Schweizer Bundesrat bekannt, dass er beschlossen hat, das sechste Russland-Sanktionspaket der EU, einschließlich des Verbots russischer Ölimporte, anzunehmen.

Bestimmte Maßnahmen, die Teil der jüngsten Russland- und Weißrussland-Sanktionen der EU waren, wurden am Freitag ebenfalls umgesetzt, darunter die:

- Sanktionierung von über 100 russischen und belarussischen Personen und Einrichtungen, darunter Militärangehörige, die für die Gräueltaten in Budscha verantwortlich sein sollen,
- Personen, die in den Bereichen Politik und Desinformation/Propaganda tätig sind, sowie bestimmte Oligarchen, darunter Aleksandra Melnichenko, und ihre Familienmitglieder.

Damit ist die Schweizer Sanktionsliste identisch mit der EU-Liste.

[Ukraine: Federal Council adopts new EU sanctions against Russia and Belarus \(admin.ch\)](https://www.admin.ch/gov/de/press releases/2022/06/24417)

dpa

Russland und Belarus: Schweiz übernimmt neue EU-Sanktionen

Die Schweiz als eine der wichtigsten Drehscheiben für den internationalen Ölhandel übernimmt die neuen Sanktionen der EU gegenüber Russland und Belarus - unter anderem das Öl-Embargo. Das teilte die Regierung in Bern mit. Rund 50 bis 80 Prozent der Produkte des Rohstofflieferanten Russland werden nach einem Bericht des Schweizer Wirtschaftsmagazins «Bilanz» über die Schweiz gehandelt. Der weltweit größte unabhängige Ölhändler ist der niederländische Handelskonzern Vitol mit Sitz in Genf. Das Unternehmen hat wie auch Trafigura - ebenfalls aus Genf - den Handel mit russischem Rohöl und Erdölprodukten

Kanada

Eingefrorenes Vermögen

Am 9. Juni 2022 gab die Royal Canadian Mounted Police (RCMP) bekannt, dass Kanada zwischen dem 24. Februar und dem 7. Juni 2022 im Rahmen seiner Russland-Sanktionen Vermögenswerte in Höhe von 123 Millionen Dollar eingefroren und Transaktionen in Höhe von 289 Millionen Dollar blockiert hat. Dies ist ein Anstieg gegenüber einem Bericht vom 12. Mai, in dem davon ausgegangen wurde, dass 85 Millionen Dollar an Vermögenswerten eingefroren und 253 Millionen Dollar an Transaktionen blockiert worden waren.

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Trans.info

Ein weiterer Logistikkrise verlässt Russland

Der Logistikkonzern Kühne + Nagel hat sein Russland-Geschäft an seinen bisherigen Russland-Chef verkauft. Dies wurde in der jüngsten Pressemitteilung des Unternehmens mitgeteilt.

Die Anteile wurden an Perry Neumann verkauft, der mit Kühne + Nagel seit 16 Jahren verbunden ist. Die finanziellen Bedingungen der Transaktion wurden nicht bekannt gegeben. Allerdings muss diese noch von der lokalen Monopolbehörde genehmigt werden.

Bereits am 1. März des laufenden Jahres informierte der schweizerische Konzern, dass alle Lieferungen von und nach Russland ausgesetzt werden (mit Ausnahme von humanitären, medizinischen und pharmazeutischen Frachten).

Letzte Woche gab das Unternehmen zudem bekannt, den Anfang März eingestellten Betrieb in der Ukraine wieder aufgenommen zu haben. Derzeit sind alle Dienste, die in einem vom Krieg heimgesuchten Land erbracht werden, nach Bedarf verfügbar.

Auch der Industriekonzern Siemens, der in Russland unter anderem Dienstleistungen für die Energiewirtschaft erbringt sowie Lokomotiven produziert, hat im Mai angekündigt, seine Anteile an russischen Gesellschaften zu verkaufen.

n-tv

Der Iran kennt alle Tricks - Wie Russland die Sanktionen umgehen kann

Auch Präsident Putin muss zugeben, dass es wegen der Sanktionen in Russland wirtschaftliche "Schwierigkeiten" gibt. Vor allem die heimische Automobilbranche leidet, weil Bauteile aus Europa fehlen. Das möchte Moskau ändern. Der Iran dient als Vorbild. Auch China soll helfen.

Der russischen Wirtschaft geht es blendend, diesen Eindruck versucht Präsident Wladimir Putin vergangene Woche in einer virtuellen Regierungssitzung zu vermitteln. Im April hätten die Arbeitslosenzahlen einen historischen Tiefstand erreicht, erzählt Putin. Im Mai sei die Zahl der Arbeitslosen dann noch einmal gesunken. Und der Rubel? War zwischenzeitlich so viel wert, wie zuletzt vor vier Jahren.

Aber auch der russische Präsident muss in der Sitzung zugeben, dass es gewisse "Schwierigkeiten" gibt. Welche das sind, mag Putin nicht sagen - er kann Sanktionen ähnlich gut umschreiben wie Angriffskriege. Ein paar Problemfelder nennt er aber doch.

Vor allem die Automobilbranche leidet demnach. Fast alle Fabriken sind geschlossen, weil Herstellern wie Awtowas schon seit Wochen wichtige Bauteile fehlen, die sie vor dem Angriff

auf die Ukraine von europäischen Partnern wie Renault erhielten. Auch die Stahlindustrie steht demnach vor Problemen. In der virtuellen Sitzung wies Putin seine Regierung deshalb an, Unternehmen und Verbrauchern zu helfen. Zum Monatswechsel hatte Russland bereits Renten, Mindestlohn und den Sold für Soldaten erhöht, um Preissteigerungen abzufedern.

Einnahmen sprudeln

Das Geld für solche Maßnahmen ist vorhanden. Die Einnahmen, die Russland mit Öl und Gas erwirtschaftet, sprudeln. Denn die russischen Energieexporte sind bisher nicht von europäischen Sanktionen betroffen. Und trotzdem ist die Lage problematisch durch ein Phänomen, das der Ökonom und Osteuropa-Kenner Anders Aslund in einem Interview mit "Capital" so beschrieben hat: "Russland bekommt Geld, aber kann nichts dafür kaufen."

Eine Sichtweise, die auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck vertritt: Wer nur auf die Öl- und Gas-Einnahmen schaue, verkenne die Wirklichkeit, sagte er Anfang Juni im Bundestag. "Die russische Wirtschaft bricht ein. Die Exporte nach Russland gehen dramatisch zurück."

Fast alles muss importiert werden

Für die russische Wirtschaft sieht es düster aus, auch wenn die Ölmilliarden fließen. Denn abgesehen von Erdöl, Erdgas und landwirtschaftlichen Produkten werden fast alle anderen Waren importiert. Sind die Lager der Industrie erst einmal leer, entfalten die westlichen Einfuhrverbote ihre volle Wirkung - und fast alle Industrien sind davon betroffen.

Zum Beispiel darf Russland in Europa und den USA keine Dual-Use-Güter mehr kaufen, die für zivile, aber auch militärische Zwecke eingesetzt werden könnten. Auch Bau- und Ersatzteile für die Luftfahrt und die Ölindustrie stehen auf der Schwarzen Liste. Genauso wie Halbleiter, eine Schlüsseltechnologie, die sich heutzutage nicht nur in Computern, Smartphones und Autos wiederfindet, sondern auch in jedem anderen wichtigen modernen Produkt wie Flugzeugen, Raketen, Kühlschränke und Waschmaschinen.

Beispiel Iran

Russland betritt ein Wirtschaftszeitalter, das der Iran bestens kennt. Denn bis zum russischen Angriff auf die Ukraine war die islamische Republik am Persischen Golf das meist sanktionierte Land der Welt. Auch sie darf nur noch wenige Waren oder Bauteile aus Europa, den USA und vielen anderen Staaten importieren.

Aus diesem Grund werden im Iran zum Beispiel alte Flugzeuge ausgeschlachtet. Mit den erbeuteten Bauteilen, wenn sie denn passen, werden neuere Maschinen gewartet und repariert. Mutmaßlich ein Vorbild für die russische Luftfahrt: Bereits im April hatte die Billigairline Pobeda angekündigt, dass sie 16 Maschinen stilllegen und ihre Flotte von 41 auf 25 Maschinen verkleinern wird - in der Hoffnung, dass die Ersatzteile dann bis zum Jahresende reichen.

Trotz Sanktionen iPhones und Coca Cola

Ähnlich sieht es mit anderen elektronischen Gütern aus und dennoch finden sich im Zentrum von Teheran reihenweise Geschäfte, in denen Smartphones von Apple und Samsung oder Fernseher von Sony angeboten werden. Teilweise betreiben die Unternehmen sogar eigene Shops. In einem noblen Einkaufszentrum stößt der russische Journalist Alexei Piwowarow sogar auf einen vermeintlich offiziellen Apple Store. Er ist mit einem Kamerateam nach Teheran gereist, um herausfinden, wie es sich in einem Schurkenstaat lebt - und um herauszufinden, warum trotz Sanktionen iPhones und Coca-Cola kaufen kann.

Die Antwort ist das Urheberrecht. Das hat der iranische Staat nach Einführung der Sanktionen abgeschafft. Anschließend konnten iranische Händler die früheren Geschäfte westlicher Unternehmen einfach übernehmen oder ihre eigenen mit den entsprechenden Logos schmücken. In vielen Fällen bieten sie nach wie vor Originalware an. Die meist gebrauchten Smartphones oder Computer gelangen in der Regel über dunkle Kanäle ins Land und die Auslagen.

Mit der Coca-Cola verhält es sich ähnlich. Die roten Dosen werden sogar in iranischen Fabriken abgefüllt, aber mutmaßlich nicht mit Cola nach Originalrezept. Ist das legal? Aus westlicher Sicht nicht, aber das interessiert im Iran niemanden. Warum auch, die meisten Sanktionen sind bereits verhängt. Vermutlich beschreitet Russland deshalb einen ähnlichen Weg: Anfang März hatte die russische Regierung den Diebstahl von geistigem Eigentum legalisiert.

Bücher und Zeitungen teurer

Auch an anderer Stelle scheint der russische Staat nicht untätig, um Sanktionen zu umgehen. Beispielsweise soll der Rüstungsbetrieb Uljanowsk versucht haben, dringend benötigte Bauteile für seine Raketen, die aus Deutschland stammen, über den Umweg Kasachstan ins Land zu schmuggeln. Dieser Plan soll daran gescheitert sein, dass die Produktionskosten durch den neuen, längeren Lieferweg "erheblich gestiegen wären und das verfügbare Budget gesprengt hätten", wie es in unbestätigten Berichten heißt.

Ein Problem, das irgendwann von der Industrie auf die normale Bevölkerung überschwappen wird - nicht nur im Fall von Konsumelektronik oder Hightech-Gütern, wie Politologe Alexander Libman von der Freien Universität Berlin bei ntv erklärt hat. Die Knappheit werde auch Güter des täglichen Gebrauchs betreffen, sagt er. "Zum Beispiel Kosmetik wird in Russland zu fast 90 Prozent aus den importierten Komponenten produziert. Nägel werden importiert. Papier zum Teil auch, deswegen werden jetzt die Bücher oder Zeitungen deutlich teurer."

Der Öltanker-Trick

Russland wird weiter versuchen, verbotene Güter aus dem Ausland einzuführen - auch mithilfe von sogenannten Frontorganisationen, wie amerikanische Regierungsvertreter in der "New York Times" mutmaßen. Dabei handelt es sich um Tarnunternehmen in anderen Staaten, die für ihre russischen Auftraggeber die benötigten Bauteile bestellen und dann illegal nach Russland schaffen. Auf diese Weise habe das Land bereits nach der Annexion der Krim 2014 Einfuhrverbote umgangen, heißt es.

Laut der "Washington Post" soll die russische Regierung auch in China um finanzielle und technologische Unterstützung, sprich Güter und Bauteile, gebeten, diese aber nicht erhalten haben. Noch fürchtet die chinesische Führung die westlichen Sanktionen anscheinend so sehr, dass mehrere chinesische Unternehmen - vor allem aus dem Tech-Bereich - ihr Russlandgeschäft sogar einstellen durften, um nicht dagegen zu verstoßen.

Somit bleibt der russischen Führung vorerst nur der Klassiker der internationalen Sanktionstricks: Öltanker werden auf hohe See geschickt, schalten ihren Peilsender aus, verladen das Öl auf einen anderen Tanker, dann kann niemand mehr mit Gewissheit sagen, woher das Öl stammt. Das Geld wird trotz des europäischen Öl-Embargos fließen. Die Frage ist: kann Russland sich davon in Zukunft auch etwas kaufen?

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](https://bizforukraine.com)

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaIV@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

Hilfsaktion des Ost-Ausschusses für Projekt in Czernowitz – Jetzt beteiligen!

Der Ost-Ausschuss ruft zu Spenden für das Projekt «**City of Goodness**» auf. Das **Wohltätigkeitsprojekt in Tscherniwzi** (Czernowitz) in der Westukraine bietet hilfsbedürftigen Familien mit Kindern soziale Hilfe und Unterkunft. Der Ost-Ausschuss hat bereits positive Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit dem Projekt gesammelt. Weitere Informationen zu dem Projekt finden Sie hier: [Місто Добра \(misto-dobra.com.ua\)](http://misto-dobra.com.ua).

Das Geld kommt zu 100 Prozent dem Hilfsprojekt zugute und dient dazu, eine zusätzliche Unterkunft für 100 ukrainische Flüchtlinge einzurichten.

Wir bitten Sie, die Spende auf folgendes Konto beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft zu überweisen:

Kontoinhaber: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Bank: Commerzbank AG

Kontonummer: 22 11 977

BLZ: 100 400 00

SWIFT-Code: COBADEFF

IBAN: DE94100400000221197700

Hinweis: Die Spenden gehen zu 100 Prozent an das Projekt „City of Goodness“ im westukrainischen Tscherniwzi. Die Abwicklung erfolgt über den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Die Spenden werden dort gesammelt und dann an das begünstigte Projekt weitergeleitet. Bitte beachten Sie, dass der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft keine gemeinnützige Organisation ist und daher für die Spende keine Spendenquittung ausstellen kann. Für Rückfragen zur Abwicklung zum Projekt können Sie sich im Ost-Ausschuss gern an Herrn Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa, unter s.kaegebein@oa-ev.de wenden.

Gesucht: Tankwagen für Kraftstofftransport in die Ukraine

Den Ost-Ausschuss hat eine Anfrage der ukrainischen Unternehmensgruppe Vitrago Holding (Vitagro.com.ua) erreicht. Gesucht wird nach Lösungen für den Transport von Kraftstoffen aus Europa. Eine der Hauptlösungen ist der Kauf von NEUEN oder GEBRAUCHTEN Kraftstofftanks für den Straßentransport.

Vitrago ist bereit, den Kauf von bis zu 5 Einheiten in Betracht zu ziehen.

Die Hauptanforderungen sind wie folgt:

- Vollständige ADR- und andere Zertifizierungen;
- Befüllung von unten mit API-Anschlüssen;

- Volumen ab 28 m3 pro Tank.

Falls Sie hier Kontakte vermitteln können, wenden Sie sich bitte im Ost-Ausschuss an Stefan Kägebein, S.Kaegebein@oa-ev.de

Umtausch von Hrywnja-Banknoten gestartet

Umtauschprogramm zwischen Euro und Hrywnja-Banknoten ist gestartet
Ein gemeinsames Programm der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Bundesbank und der Deutschen Kreditwirtschaft ermöglicht seit dem 24. Mai den Ankauf von Hrywnja-Banknoten. Flüchtlinge aus der Ukraine können nunmehr höchstens 10.000 Hrywnja zu einem, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Umrechnungskurs, tauschen. Mehr (auch auf Ukrainisch und Englisch)

[Umtauschprogramm Hrywnja-Banknoten - Bankenverband](#)

Spenden für ukrainische Feuerwehrleute in Charkiv – Aufruf der AHK Kyiv

Als Reaktion auf eine Anfrage der Hauptabteilung des Staatlichen Katastrophenschutzes der Ukraine in der Region Charkiv sammelt die gemeinnützige Organisation „Common Cause Charkiv“, zusammen mit der Freiwilligenbewegung der Ukraine und der AHK Ukraine, Geldspenden für den Kauf eines Abschleppfahrzeugs für die Charkiver Garnison des Staatlichen Katastrophenschutzes der Ukraine, um die Evakuierung beschädigter Feuer- und Rettungsausrüstung sowie das Abschleppen schwerer ziviler Fahrzeuge während des Krieges zu sichern.

Weitere Informationen:

German-Ukrainian Chamber of Industry and Commerce
vul. Pushkinska 34, 01024 Kyiv, Ukraine
Phone: +38 (044) 377 52 00, +380 44 377 52 44
Email: info@ukraine.ahk.de
<http://ukraine.ahk.de>

EU-Kommission richtet Telefon-Hotline für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ein

Die Europäische Kommission hat eine spezielle Telefon-Beratung in ukrainischer und russischer Sprache eingerichtet, um denjenigen zu helfen, die vor der russischen Invasion in der Ukraine fliehen. Seit Ende März beantwortet die Kommission über das Europe Direct-Kontaktzentrum schriftliche Fragen in ukrainischer und russischer Sprache – nun ist dieser Dienst auch telefonisch erreichbar.

Die Helpline soll Menschen, die aus der Ukraine fliehen, helfen, indem sie ihre Fragen beantwortet und praktische Informationen bereitstellt, von den Bedingungen für die Einreise in die EU und das Reisen innerhalb der EU bis hin zum Zugang zu Rechten und Möglichkeiten wie Bildung, Arbeit oder Gesundheitsversorgung.

Die Helpline ist innerhalb der EU in ukrainischer und russischer Sprache unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 und außerhalb der EU unter der Nummer +32 22 99 96 96 zum internationalen Standardtarif zu erreichen. Die Helpline bietet auch einen kostenlosen Rückrufservice.

Weitere Informationen:

[Daily News 16 / 05 / 2022 \(europa.eu\)](#)

Schulmaterial für ukrainische Flüchtlinge in Polen - Hilfsaufruf

Wir möchten Sie auf ein Non Profit Projekt von Klett Polska aufmerksam machen, dass Integrationsschulhefte und Poster für geflüchtete Grundschüler aus der Ukraine produzieren und spenden möchte. Wir würden uns freuen, wenn sich Unternehmen oder NGOs an den Produktionskosten beteiligen würden. Anbei finden Sie die Informationsmaterialien auf Polnisch sowie Informationen zu den Produktionskosten.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gern direkt an: Michał Kulesza, Managing Director Klett Polska (m.kulesza@klett.pl). Wir stehen Ihnen für Rückfragen selbstverständlich ebenfalls zur Verfügung: a.stadnicki@oa-ev.de.

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses: #WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um

Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).

Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wie erfahre ich mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC:

[Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt:

[Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

[Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

EU-Leitlinien für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunftsangebote

I CAN HELP HOST

Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#)

Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#);

For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>

- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen:
<https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlxuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): [germany4ukraine](https://www.germany4ukraine.de)

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. 030-720 220 640, Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](https://www.bme.de/infopoint-ukraine-konflikt)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt inzwischen eine Koordinationstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine
Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an. Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](https://www.actionmedeor.de) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich

derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de). Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfsersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;

- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hierhin:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

[❤️ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](#)

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Websites Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen.

Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

